



denen sich Schüler\_innen in der Sekundarstufe I beschäftigen. Anders ausgedrückt: In den sechs Jahren ihrer Sekundarschulzeit haben Schüler\_innen durchschnittlich etwa vier Wochen Unterricht in politischer Bildung.



Politische Bildung in der Schule  
– ein Statusbericht

Außerunterrichtliche Angebote politischer Bildung können nicht nur eine (notwendige) quantitative Ergänzung des klassischen Politikunterrichts sein. Außerschulische Partner helfen, politische Bildung an der Schule vielfältiger zu gestalten und neue Perspektiven einzubringen. Mit außerschulischen Projekten kann Politik erleb- und anfassbarer werden. Sie können so die Lernmotivation erhöhen und den Lernerfolg nachhaltiger gestalten. Gleiches gilt für Strukturen demokratischer Mitbestimmung in der Schule, die Schüler\_innen die Möglichkeit geben, Demokratie zu erleben und ihre Schule selbst zu gestalten. Denn Demokratie lernt man am besten durch Erfahrungen, durch das Einüben demokratischen Handelns im Alltag.

Politische Bildung als Querschnittsaufgabe aller Fächer zu verstehen, geht über Angebote hinaus, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Inhalte politischer Bildung innerhalb und außerhalb des Unterrichts zu behandeln. Ist politische Bildung Aufgabe aller Fächer, dann müssen Inhalte politischer Bildung auch in allen Fächern diskutiert werden können. Das gilt schon deshalb, weil Schüler\_innen politische Themen in den (Schul-)Alltag einbringen: Die Klimakatastrophe oder aktuelle kriegerische Konflikte beschäftigen die Schüler\_innen und machen vor dem Schultor nicht halt – ebenso wenig wie rassistische, antisemitische, muslimfeindliche, homophobe oder sexistische Einstellungen und Äußerungen. Lehrkräfte müssen im Sinne einer demokratischen Schulkultur darauf reagieren können, und zwar unabhängig davon, ob sie Politik studiert haben oder nicht. Politische Bildung und Demokratieerziehung als Querschnittsaufgabe verlangt also Demokratiekompetenz von allen Lehrkräften.

## LUFT NACH OBEN

Werden die Möglichkeiten, die fächerübergreifende oder außerunterrichtliche Angebote oder eine demokratische Schulkultur für die schulische politische Bildung bieten, bereits genutzt? Die aktuelle Studie „Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen“ von Sabine Achour und Susanne Wagner, die im

Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wurde, beantwortet diese Frage mit einem klaren „Nein“. Politische Bildung als inhaltliche Querschnittsaufgabe werde bislang nur unzureichend umgesetzt. Dieser Befund gelte unabhängig von der Schulform und Jahrgangsstufe.



Wer hat, dem wird gegeben:  
Politische Bildung an Schulen

Besonders häufig nutzen Schulen demnach kurzfristig angelegte Formate wie Exkursionen, politische Planspiele, Sozialpraktika oder Projektwochen zu politischen Themen. Deutlich weniger Schüler\_innen arbeiteten jedoch an der Schülerzeitung oder engagierten sich im Schul-, Kinder- und Jugendparlament – all dies sind Formate, die sich an eine breite Schulöffentlichkeit richten und über einen längeren Zeitraum in die Schulkultur eingebunden werden müssen. Ein weiterer Befund der Studie ist, dass demokratiebezogene Inhalte – dazu gehören Medien/Digitalisierung, demokratische Grundwerte, Grund- und Menschenrechte, Ökologie- und Nachhaltigkeit, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus/Rechtspopulismus und verschiedene Formen des Zusammenlebens und Lebensentwürfe – nur eingeschränkt fächerübergreifend thematisiert werden. Dabei liegen genau in diesen Themen besondere Potenziale für eine fächerübergreifende Behandlung, weil sie verschiedene Felder unterschiedlicher Schulfächer betreffen. Im Biologieunterricht etwa können Fragen der Nachhaltigkeit auch aus politischer Perspektive besprochen werden, die Digitalisierung und ein verantwortungsvoller Umgang mit ihr betrifft nahezu alle Fächer. Bemerkenswert ist, so die Studie von Achour und Wagner, dass Fragen zur Muslimfeindlichkeit besonders selten in der Schule aufgegriffen werden.

## LEHRKRÄFTE UND DEMOKRATIEKOMPETENZ

„Da jedoch das Erlernen und Erfahren von Demokratie eine Querschnittsaufgabe darstellt, sind alle Lehr- und Fachkräfte in ihrem Unterrichten und Handeln unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie verpflichtet. In jedem Fach wie auch außerhalb des Unterrichts geht es darum, die Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler zur Übernahme von Verantwortung und zur aktiven Mitgestaltung des Schullebens zu fordern und zu fördern“, so heißt es im Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Demokratiebildung, der 2018 erneuert wurde. Das hessische Schulgesetz legt, wie alle anderen 15 Landesschulgesetze sowie die Bildungspläne und Curricula zahlreicher Länder, fest,

dass politische Bildung und Demokratieerziehung Aufgabe von Schule insgesamt (und damit aller Fächer) ist (vgl. Hessisches Schulgesetz §§ 2, 3).



Beschluss der Kultusministerkonferenz zur  
Demokratiebildung

Das sind die rechtlichen und administrativen Vorgaben – so weit, so gut. Die dargestellten Befunde von Achour und Wagner haben aber gezeigt, dass politische Bildung und Demokratieerziehung im Schulalltag noch zu selten als Querschnittsaufgabe begriffen werden. Liegt ein Grund dafür in den Angeboten der Lehrerbildung begründet? In einer aktuellen Befragung unter Lehrkräften gaben 41,8 Prozent der Befragten an, dass Demokratiebildung während ihres Studiums nur eine geringe Rolle gespielt habe, für die Referendariatszeit gilt dies für 38,3 Prozent und für die Lehrerfortbildung für 37,6 Prozent. Nur 16,2 Prozent (Studium), 13,4 Prozent (Referendariat) und 17,8 Prozent (Fort- und Weiterbildung) berichten von einem hohen Stellenwert der Demokratiebildung. Dabei zeigte sich, dass in der Aus- und Fortbildung von älteren Befragten die Demokratiebildung noch eine weitaus wichtigere Rolle spielte als bei jüngeren.



Demokratiebildung an Schulen –  
Analyse lehrerbezogener Einflussgrößen

Über alle Bundesländer hinweg betrachtet sind die Angebote der Lehreraus- und -weiterbildung jedoch höchst unterschiedlich gestaltet. Für Hessen stellt Julia Czech, Lehrerin für Politik und Wirtschaft an der Henry-Harnischfeger-Schule in Bad Soden-Salmünster, fest, dass gerade in der ersten Phase der Lehrerausbildung für alle Studierende verpflichtende Veranstaltungen zur politischen Bildung fehlten. Derzeit etwa gebe es an der Frankfurter Goethe-Universität im Bereich der Bildungswissenschaften nur ein Seminar, das Elemente des Demokratielernens beinhalte. Vor diesem Hintergrund sei es nicht verwunderlich, dass sich junge Lehrkräfte, die ein anderes Fach studiert hätten, nicht an Themen der politischen Bildung herantrauten. Auch die Angebote der dritten Phase der Lehrerbildung – also der Fort- und Weiterbildung – seien in den letzten Jahren weniger geworden und zudem für die Lehrkräfte unübersichtlich.

In der zweiten Phase der Lehrerbildung hingegen, so berichtet Karin Stahl, Ausbilderin am Studienseminar für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschullehrkräfte in Frankfurt am Main, müssten alle Referendar\_innen in Hessen Veranstaltungen zur Demokratiebildung

besuchen. Im zweiten Hauptsemester sehe das Studienseminar in Frankfurt das Modul ‚Diversität in Lehr- und Lernprozessen nutzen‘ als Pflichtveranstaltung für Referendar\_innen aller Fachrichtungen und aller Schulstufen vor. Wie aber hängen Diversität und politische Bildung zusammen? In den Seminaren werde von einem Verständnis von Diversität ausgegangen, das eine wertschätzende Grundhaltung und Offenheit für die Unterschiedlichkeit von Menschen beinhalte, erklärt Karin Stahl. Damit sei der Begriff eng verknüpft mit einer diskriminierungskritischen Perspektive und bedeute eine Ablehnung von allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie sie in rassistischen, homophoben oder sexistischen Diffamierungen zum Ausdruck komme. Anhand von Beispielen aus Schul- und Unterrichtsentwicklung lernten die Referendar\_innen Möglichkeiten des konstruktiven pädagogischen Umgangs mit Vielfalt.

Im Rahmen des Moduls werden Workshops zu den Themenbereichen „Wege der Vermittlung inter- und transkultureller Kompetenz“, „Umgang mit Antisemitismus in der Schule“, „Herausforderungen gender-reflexiver Lernprozesse“ sowie „Kinderrechte in der Schule als Grundlage eines diversitätsbewussten Unterrichts bzw. der Klassenrat als gelebte Demokratie/ als Basisdemokratie in der Schule“ angeboten. Gerade wenn Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe begriffen wird, ist die Kooperation mit schulischen und außerschulischen Bildungspartnern bedeutsam, denn diese bringen weitere Kompetenzen, Expertenwissen, mit, das fachfremde Lehrkräfte nicht haben können – und auch nicht unbedingt haben müssen. Deshalb lege das Studienseminar, so Karin Stahl weiter, Wert darauf, dass die Referendar\_innen anhand konkreter Beispiele lernten, wie eine solche Zusammenarbeit aussehen könnte.

## POLITISCHE BILDUNG ALS FACH VS. DEMOKRATIEBILDUNG ALS QUERSCHNITTAUFGABE

Die Modulbeschreibung des Frankfurter Studienseminars, das sich an alle Lehrkräfte richtet, hat es schon angedeutet: Kooperationen sind ein Schlüssel, damit politische Bildung und Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe verstanden werden können. Und das macht, so paradox es zunächst klingen mag, die Verankerung von politischer Bildung in einem Unterrichtsfach noch bedeutsamer. Denn die ein solches Fach unterrichtenden Lehrkräfte mit entsprechender Facultas sind wichtige Anlaufstellen für alle anderen, die Inhalte politischer Bildung und Demokratieerziehung in

ihrem Unterricht und im Schulalltag einbringen möchten – oder für jene, die unsicher sind, wie sie reagieren sollen, wenn sie mit demokratiefeindlichen Aussagen von Eltern oder Schüler\_innen konfrontiert werden.

Darüber hinaus muss das Fach politische Bildung Aufgaben erfüllen, die politische Bildung und Demokratieerziehung im Querschnitt nicht übernehmen kann: Die Vermittlung von Faktenwissen über aktuelle und historische gesellschaftliche politische Entwicklungen, über politische Institutionen und Prozesse gehört dazu. Denn dies ist die Grundlage, um sich mit politischen Themen kritisch auseinanderzusetzen, sich eine eigene Meinung bilden und informiert partizipieren zu können.

Für die Entwicklung von Demokratiekompetenz ist also beides wichtig: Die Verankerung von politischer Bildung in einem Fach sowie eine demokratische Schulkultur, in der politische Bildung und Demokratieerziehung als Aufgabe aller Fächer verstanden werden. Das heißt auch: Der Verweis darauf, dass politische Bildung und Demokratieerziehung Aufgaben aller Fächer sind, kann nicht verdecken, dass eine Stärkung des Faches Politische Bildung in allen Bundesländern notwendig ist. Dies gilt wenigstens dann, wenn man der großen Bedeutung, die der schulischen politischen Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für eine stabile Demokratie zugeschrieben wird, Rechnung tragen will. Beide Elemente politischer Bildung – die Vermittlung von Wissen und Fachkompetenzen innerhalb eines Faches sowie das Erfahrungslernen in einer demokratischen Schulkultur – haben ihren eigenen Wert; sie sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

## WAS MUSS SICH ÄNDERN?

Nicht nur aktuelle Studienbefunde, sondern auch die Erfahrungen der Konferenzteilnehmer\_innen machen deutlich, dass politische Bildung und Demokratieerziehung als Querschnittsaufgabe noch längst nicht im Schulalltag angekommen sind – und wo Ansatzpunkte bestehen, um dies zu ändern.

**Übersicht, Transparenz, Informationen:** Lehrkräfte, die kein Politikstudium absolviert haben, sich aber im Bereich der politischen Bildung weiterbilden möchten, haben es im Dickicht der unterschiedlichen Fortbildungsanbieter häufig schwer, geeignete Veranstaltungen zu finden – und zwar auch dann, wenn es diese gibt. Eine übersichtliche Sammlung, die alle Fortbildungsangebote eines Bundeslandes zur politi-

schen Bildung und Demokratieerziehung zusammenfasst, könnte hier helfen. Gleiches gilt für eine Übersicht über außerschulische Partner, die die politische Bildung in der Schule fächerübergreifend ergänzen können. Bei der Auswahl des Angebots sollte jedoch nicht das Prinzip Zufall regieren – so wie dies aufgrund der so großen, für die einzelne Lehrkraft oft überwältigenden und undurchsichtigen Anzahl an Projekten, Workshops, Planspielen oder Seminaren häufig geschieht. Abhilfe könnte die Einrichtung einer Koordinierungs- oder Übersichtsstelle bei der Kultusministerkonferenz oder den jeweiligen Kultusministerien schaffen. Eine ähnliche Zusammenfassung bietet sich für didaktisch gut aufbereitete und unabhängige Lehrmaterialien zu aktuellen politischen Themen an. Hier könnten die Landeszentralen für politische Bildung Ansprechpartner sein.

**Politische Bildung im Lehramtsstudium:** Wenn politische Bildung und Demokratieerziehung als Querschnittsaufgabe in den Schulalltag Einzug halten sollen, dann müssen alle Lehrkräfte entsprechend vorbereitet werden. Derzeit, das zeigen die aktuellen Studienergebnisse, hat Demokratiebildung einen zu geringen Stellenwert in der Lehreraus- und -fortbildung, um dieser Maßgabe gerecht zu werden. In Hessen fordert die SPD deswegen mit einem Gesetzentwurf zur Reform der Lehrerbildung, dass die Studienzeiten für alle Lehrämter auf zehn Semester verlängert werden. Damit soll unter anderem Zeit gewonnen werden, um Elemente der Demokratiebildung für das Studium aller Lehrämter verpflichtend aufnehmen zu können.



Gesetzentwurf zur Reform der  
Lehrerbildung in Hessen

**Anlaufstelle zur politischen Bildung:** Eine demokratische Schulkultur, guter Politikunterricht, fächerübergreifendes Unterrichten und Projekte zur politischen Bildung lassen sich einfacher realisieren, wenn es an der Schule eine Person gibt, die die Verantwortung und Koordination für diesen Themenbereich übernimmt – eine\_n ‚Demokratiebeauftragte\_n‘. Mit einer solchen Position müssen aber auch mehr zeitliche Ressourcen einhergehen, eine Deputatregelung, die es den beauftragten Lehrkräften gemeinsam mit dem Kollegium erlaubt, an ihrer Schule das Leitbild einer demokratischen Schule umzusetzen. In Hessen könnte ein Anknüpfungspunkt für eine bessere Verankerung von politischer Bildung in der Schule die Aufnahme der Kinderrechte in die hessische Verfassung sein, die 2018 beschlossen wurde. Die in Zusammenhang mit dieser Verfassungsänderung entstandene hessische Kinder- und Jugendrechtecharta empfiehlt die Ent-

wicklung eines eigenen Kinderrechtprofils für jede Schule, um Kindern und Jugendlichen mehr Mitbestimmung zu ermöglichen.



Hessische Charta für Kinder- und  
Jugendrechte

**Mehr Gewicht im Fächerkanon:** Gerade in der Sekundarstufe I sowie an den nicht-gymnasialen Schulformen findet zu wenig Politikunterricht statt. Andere

Fächer haben Post-PISA an Bedeutung gewonnen und der politischen Bildung den Rang abgelaufen. Das muss sich ändern, nimmt man Demokratie- und Partizipationskompetenz als entscheidende Fähigkeiten ernst, die Schüler\_innen nach Abschluss ihrer Schullaufbahn erlangt haben sollen. Eine Einigung der Kultusministerkonferenz auf eine Mindeststundenanzahl für den Politikunterricht oder Standards für die politische Bildung wären geeignete Maßnahmen.

## DIE AUTORIN DIESER PUBLIKATION

Valerie Lange studierte Soziologie, Politologie, Sozialpsychologie und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hannover und ist diplomierte Sozialwissenschaftlerin. Sie arbeitet als freiberufliche Lektorin für Sach- und Fachbücher.

## IMPRESSUM

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2019

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Abt. Studienförderung

Redaktion: Marion Stichler, Gilbert Knies

Gestaltung & Satz, Collage Seite 1: minus Design, Berlin

Unsere Publikationen können Sie per E-Mail nachbestellen bei: [marion.stichler@fes.de](mailto:marion.stichler@fes.de)

## KONTAKT UND FEEDBACK

Marion Stichler  
Bildungs- und Hochschulpolitik  
[marion.stichler@fes.de](mailto:marion.stichler@fes.de)



Besuchen Sie unseren Bildungsblog  
[www.fes.de/bildungsblog](http://www.fes.de/bildungsblog)

Folgen Sie uns auch auf twitter.

